



WOHNEN IN DEUTSCHLAND

DATEN · FAKTEN · ANALYSEN

Ausgabe 5

Dezember 2022



Bernd Hertweck
Vorstandsvorsitzender

EDITORIAL

Deutlich gestiegene Bauzinsen: Was das für eine Finanzierung bedeutet, zeigt folgendes Beispiel: 400.000 Euro Kreditsumme – etwas mehr als 1.400 Euro pro Monat für Zins und Tilgung. Vor der Zinswende hätte die Restschuld nach 20 Jahren knapp ein Drittel betragen. Zu aktuellen Konditionen wären es 85 Prozent.

In den Medien finden sich jetzt Titel wie „Luftschloss Eigenheim“, „Aus das Haus“, „Geplatzte Hausräume“ oder „Mini-Mietwohnung statt Eigenheim“. Normalverdienende Haushalte fragen sich zunehmend, ob sie ihren Lebensraum Nummer 1, eigene vier Wände, ad acta legen müssen. Rekordinflation und sinkende Realeinkommen haben dem Sparmotiv Wohneigentum einen Dämpfer verpasst. Die drohende Rezession gibt der Verunsicherung neue Nahrung.

Wurden von Januar bis September 2021 rund 97.000 Wohnungen in 1- und 2-Familienhäusern genehmigt, waren es 2022 weniger als 85.000. Der Eigenheimbau, Deutschlands größter Wohnraumschaffer, schwächelt. Es ist höchste Zeit für die Politik, hier neue Akzente zu setzen.

Wohneigentumspolitik ist Mieterpolitik. Sie ist sozialer Auftrag, nicht ein Goodie für Menschen, die eigentlich keiner Hilfe bedürften. Wer diejenigen stärkt, die die Kraft haben, eigenverantwortlich Vorsorge zu betreiben, verschafft unseren sozialen Sicherungssystemen mehr Spielraum, um sich um die zu kümmern, die dieses Glück nicht haben.

Bernd Hertweck